

Saale-Beitung.

Fünfundvierzigster Jahrgang.

Anzeigen

wenden die Gespaltene Kolonelle oder deren Raum mit 30 Pfg. teils aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in unteren Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Preisliste die Seite 75 Pfg. für Halle, auswärts 1 M.

Erscheint täglich einmal, Sonntags und Montags einmal.

Redaktion und Haupt-Verwaltung: Halle, G. Straußstraße 17; Nebensitz: Markt 24.

Bezugspreis
Für Halle vierteljährlich bei postmäßiger Anweisung 2,50 M., durch die Post 3,25 M., auswärts halbjährlich 5 M., Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen.
Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis unter „Saale-Zeitung“ eingetragen.
Für unterlangt eingehende Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.
Nachdruck nur mit Erlaubnis der Redaktion gestattet.
Belehrer der Redaktion Nr. 1140; der Redaktionen Nr. 170; der Annoncenabteilung Nr. 1133.

Nr. 241.

Halle a. S., Mittwoch, den 24. Mai.

1911.

Die Entscheidung über Elsass-Lothringen.

Der Reichskanzler wider die Konservativen.

182. Sitzung vom Dienstag, 23. Mai, 12 Uhr.
Am Tische des Bundesrats: von Bethmann Hollweg, Dr. Helfrich, Jörn von Bunsow, Wagnerscheff, Graf Verckenfels.

Die zweite Lesung der elsass-lothringischen Verfassung.

Herr Dr. Wagner (konf.): Im Namen meiner politischen Freunde beantrage ich zunächst namentliche Abstimmung über den neuen Artikel 1 über die Bundesratsstimmen. Wir stehen der Vorlage noch heftiger gegenüber als zuvor. Unsere Bedenken haben sich durch den Gang der Dinge in der Kommission noch verstärkt. Elsass-Lothringen hört mit dieser Vorlage tatsächlich auf, Reichsland zu sein. Die konservative Partei, der die positive Mitarbeit an den Vorlagen der Regierung zur Gewohnheit geworden ist (Lachen links), muß es außerordentlich bedauern, daß die verhandelnden Regierungen ihre Warnungen nicht beachtet haben. Durchschlagende neue Gründe für die rasche Sinnesänderung der Regierung sind nicht vorgebracht worden. Es wird eine Lösung eines unlöslichen Problems versucht, es wird ein Kommucaus geschaffen. Man hat es so dargestellt, als ob es sich bei unserer Stellungnahme um eine kleine epigoneartige Parteipolitik handelte. Man die „Wörsche Zeitung“ hat einmal von einer gelegeberlichen Förderung des Mißtrauens gegen Preußen geschrieben. Auch im nationalliberalen Lager haben sich bedenkenswerte Stimmen im warnenden Sinne erhoben. Gerade, weil ich kein Preuße bin, kann ich es erst recht ausprechen: Dem preussischen Staat, seiner historischen Gestaltung und seinem in erster Linie das Deutsche Reich, (Beifall rechts.) Hier wird ein erster Schritt zur Deformierung getan. (Umrufe.) Das ist ein schwerer ideeller Schaden. Wir stehen, wenn wir das absehen, auf dem Boden, den die verhandelnden Regierungen zuerst eingenommen haben, auf dem Standpunkt, den auch die liberalen Führer bei der Reichsgründung mit der größten Energie vertreten haben. Wir sind überzeugt, als die Führer der Reichsvereinsung zu handeln, wenn wir einen solchen Schritt ablehnen. (Beifall rechts.)

Zwischen ist der Antrag der konservativen Partei verteilt worden, der die Erziehung der Bestimmungen über die bundesstaatliche Eigenheit des Elsass-Lothringens verlangt. Weiter sind Anträge auf namentliche Abstimmung eingegangen.

Reichskanzler v. Bethmann Hollweg: Der Widerspruch von rechts kommt mir nicht überaus, ich habe ihn von vornherein erwartet, und ich habe mich niemals dem Glauben hingegeben, daß die Bedenken auf der rechten Seite, die auf grundsätzlicher Ueberzeugung beruhen, beseitigt werden. Wer wie ich in der Fortsetzung der Verwirklichung der Reichslande nicht nur eine notwendige Konsequenz der von Bismarck inaugurierten Politik erblickt, um das Land weiter zu entwickeln und damit mehr und mehr mit dem Reiche zu verschmelzen, dem sind die Bundesratsstimmen in dem Sinne eine Verbesserung. Es soll eine Infanzgenossenschaft darin liegen, wenn man einem Gliede des Reiches, das nicht Bundesstaat ist, Bundesratsstimmen gewährt. Ich gebe Ihnen diese Infanzgenossenschaft zu. Aber ich frage Sie: Was wiegt schwerer, diese Infanzgenossenschaft oder die für die Reichslande eröffnete Möglichkeit, ihre Landesinteressen gleich den übrigen Bundesstaaten im Bundesrat zu vertreten? Diese selbständigen Landesinteressen bestehen schon heute. Ihre Geltung ist ganz unabhängig von irgend einer Verfassungsform. Das diese Interessen gegenwärtig nicht so wie die der übrigen Bundesstaaten mitgesprochen können, wird in den Reichslanden als eine Zurücksetzung empfunden. (Sehr richtig, links.) Wenn wir dieses Gefühl beseitigen, dann würden wir denjenigen, welche gegen die Verschmelzung der Reichslande mit dem Reiche sind, eine gewichtige Waffe aus der Hand nehmen.

Mit der Klausel, die an die Bundesratsstimmen geknüpft worden ist, finde auch ich mich als Preuße wahrlich nicht leichtsinig ab. Erleichtert wird mir der Entschluß nicht bloß durch die geringe Anzahl von Stimmen, in denen abgemessene Drucke eine Einflüßung in den Bundesrat leisten könnte, sondern auch durch den historischen Beruf, den Preußen in Deutschland erfüllt hat und weiter erfüllen wird. (Sehr richtig.) Wäre Preußen zu der Zeit, wo wir das Reich gegründet und eingerichtet haben, nicht von dem gleichen Gefühle erfüllt gewesen, dann wären wir niemals zu dem festgesetzten und dadurch fest gemachten Reiche gelangt. (Sehr richtig.) Damals haben alle Bundesstaaten Opfer gebracht, und die Opfer, die Preußen gebracht hat, sind, wie ich das schon einmal ausgeprochen habe, wahrlich nicht die kleinsten gewesen. (Sehr richtig.) Aber Preußen wird sich seine Stellung im Reiche nur dann bewahren, wenn es von dem gleichen weitherzigen und selbstbewußten Geiste befeuert bleibt.

Hätte ich an den Bundesratsstimmen die Vorlage später lassen — und darum handelt es sich — dann hätte ich kleinlich gehandelt, dann wäre ich von der deutsch-nationalen Tradition preussischer Politik abgewichen. (Sehr richtig.)

Man hat noch mit Bezug auf andere Punkte den Vorwurf erhoben, im Verlaufe der Verhandlungen wären die verbündeten Regierungen zu weit von ihrem ursprünglichen Entwurf abgewichen, sie hätten zu große Konzessionen gemacht. M. S. glauben Sie nicht, daß wir daran Freude haben, Konzessionen zu machen. (Heiterkeit.) Unsere Abneigung dagegen ist genau so groß, wie die Ihrige. Aber noch niemals hat eine Partei über Konzessionen geflagt und deshalb die Regierung der Unankelmütigkeit geziehen, wenn ihr selber Konzessionen gemacht wurden. (Sehr richtig; und Heiterkeit.) Man vorherzuehrt nur diejenigen Konzessionen, welche einem selbst unangenehm sind. (Sehr richtig.) Deshalb müssen die Regierungen sich in jedem einzelnen Falle fragen: Ist der Gewinn das Opfer, den Entschluß wert?

Trotz aller Angriffe, die von mir, weil sie von nationaler Sorge diktiert werden, gewiß nicht leicht genommen werden, habe ich an meiner Ansicht fest, daß die Fortbildung der reichsständigen Verfassung eine Notwendigkeit ist. (Beifall links.) Man hat mir gesagt: Gut, annectieren können wir nicht mehr, bis zu den achtziger Jahren haben wir den Reichslanden schrittweise größere Selbständigkeit eingeräumt, aber jetzt einen Schritt weiter zu machen, und noch dazu einen so großen Schritt, dazu ist die Zeit noch nicht gekommen, dazu ist Elsass-Lothringen noch nicht reif. Reif? Wofür? Daß die reichsständigen Regierung im Bundesrat mitstimmt? Man wird diese durch Vermittlung des Statthalters ausgeübte Befugnis nicht unter dem Gesichtspunkte der politischen Reife ansehen können, oder glauben Sie etwa, daß durch die Bundesratsstimmen die Verbindung der Reichslande mit dem Reiche gelockert wird? Im Gegenteil, es befestigt wird sie durch sie. Nicht reif dafür, daß ein in der Reichslande einigtrichtiger Oberhaus in der Landesgesetzgebung die Funktionen übernimmt, die gegenwärtig der Bundesrat ausübt? So hoch die Schaffung eines neuen reichsständigen gesetzgebenden Organes als Bestandteil einer größeren Autonomie der Reichslande gefordert werden muß, wenn Sie hier von einem gefährlichen, risikanten Vorgehen sprechen wollen, dann ist das nicht diese Stelle, dann ist es das Gesetz von 1877 gewesen, das den Landesauschuss an die Stelle des Reichstages setzte, denn damit ist der Schwerpunkt der Landesgesetzgebung in das Land selbst gelegt worden; das ist das Moment gewesen, durch welches den Reichslanden ein staatliches Eigenleben bewahrt worden ist (Sehr richtig, links), und in noch höherem Grade gilt dies von dem Verfassungsgezet von 1879, das ein selbständiges reichsständiges Ministerium, das einen Staatsrat schuf, das den Landesauschuss in seinen Befugnissen neu regelt. (Sehr richtig.) Ja! Damals hätte man fragen können, ist Elsass-Lothringen denn reif dazu, diese Einrichtungen staatlichen und verfassungsmäßigen Eigenlebens zu bekommen? Aber heute? Die Gegner der Vorlage verschließen die Situation. Es wird der Mühsen ermet, als ob Elsass-Lothringen gegenwärtig noch kein derartiges Staats- und Verfassungsleben besäße, als wären wir es jetzt, die wir mit dieser Vorlage ein solches Leben neu schaffen, und als ob wir damit dann das Reich in Gefahr stützten. Nein, m. S., so liegt die Sache nicht. Dieses selbständige Leben in den Reichslanden existiert bereits, es ist unvollkommen, es hat Mängel an sich, die beseitigt werden müssen, die man meiner Ueberzeugung nach schon längst hätte beseitigen müssen. (Lachen, hört!) Aber es ist kein neues Saal, was wir aufzurichten, sondern wir versuchen da ein vorhandenes Haus wohllicher einzurichten, und so muß nach meiner Ansicht auch die Uebertragung landesgesetzlicher Befugnisse an das Oberhaus beurteilt werden. Diese Uebertragung ist lediglich eine natürliche und notwendige Folge jenes Gesetzes von 1877, das für die Landesgesetzgebung den Reichslande den Landesauschuss substituiert hat. Und endlich das Wahlrecht zur zweiten Kammer. Es ist sehr heikel, darüber zu urteilen, ob ein Volk für dieses oder jenes Wahlrecht reif sei, es ist sehr heikel. Wenn hier in diesem Saale ein jeder ganz frei weg von der Leber spräche, ich glaube, dann würden wir auch, abgesehen von Elsass-Lothringen, ganz eigenartige Dinge zu hören bekommen. (Heiterkeit und Zustimmung.) Ein fremdes Wahlrecht können wir nach den Reichslanden nicht importieren. Nun bin ich weit davon entfernt, alle Veränderungen, welche Ihre Kommission an dem Wahlrecht vorgenommen hat, für Verbesserungen anzusehen. Ich behauere es nur, meine Herren von der konservativen Partei, daß Sie von vornherein in der Kommission passiv beiseite gestanden haben. (Sehr richtig im Zentrum.) Hätten Sie es nicht getan, dann wäre es möglich gewesen, manchen Vorschritten eine andere Fassung zu geben. (Sehr richtig.) Ich bitte, vergegenwärtigen Sie sich doch noch einmal den Ver-

lauf der ganzen Sache. Seit zehn Jahren wird der Reichskanzler in diesem hohen Hause alljährlich gefragt, wie es mit der Weiterbildung der reichsständigen Verfassung stehe. Seit Jahren wird diese Weiterbildung von der reichsständigen Regierung, und zwar nicht nur in ihrer gegenwärtigen personellen Zusammensetzung befürwortet. Als ich vor einem Jahre den Entschluß ankündigte, ein entsprechendes Gesetz vorzulegen, da ist diese Absicht von dem überwiegenden Teile dieses hohen Hauses mit Genugtuung begrüßt worden. Reichslander, und zwar Reichslander, die über jeden Verdacht deutschfeindlicher Gesinnung weit erhaben sind, haben mir immer wieder gesagt, der Druck, der auf unserer politischen Entfaltung lastet, ist das Gefühl, das wir als Deutsche zweiter Klasse behandelt werden. (Sehr richtig! bei den Elässern.) Diesen Druck wollen wir mit der Vorlage beseitigen und damit schädigen wir nicht das Reich, sondern wir fördern es. (Sehr richtig!) Gewiß, jede Maßnahme, die sich mit Elsass-Lothringen beschäftigt, schließt eine große Verantwortung in sich. Aber ich frage: welche Verantwortung ist die größere: untätig in den Händen im Schoß dem Fortexistieren von Zuständen zuzusehen, die kein Mensch für richtig, für befriedigend, für fördernd ansehen kann, oder aber die Verantwortung dafür zu versuchen, die bestehenden Mängel zu beseitigen. (Sehr richtig.)

Ich will die Verantwortung für die Untätigkeit nicht tragen.

(Beifall.) Damit wende ich mich zu den Parteien, die nicht entschlossen haben, die Regierung bei ihrem Vorgehen zu unterstützen. Bei dieser Gelegenheit ist uns draußen in der Presse, mir und der Vorlage, der Vorwurf gemacht worden, daß ja selbst die Sozialdemokraten anheimeln die Absicht hätten, die Vorlage zu unterstützen. Eine rechtsstehende Zeitung hat vor einigen Tagen von der Morgengabe gesprochen, die die Sozialdemokratie dem deutschen Kaiser mit diesem Gesetz darbringe. Das ist ein Schlagwort, das ziehen soll, aber es ist unwahr. (Sehr richtig!) So wenig wie ich Ihnen von der konservativen Partei vertragen kann, daß Sie Ueberzeugungen und preussisches Empfinden nicht aufgeben wollen, das Ihnen verbietet, für die Vorlage zu stimmen, so wenig kann ich den Herren Sozialdemokraten verbieten, für die Vorlage einzutreten, falls sie die Absicht dazu haben. (Heiterkeit.) Ich kann nicht etwa deswegen die Vorlage zurückziehen. Das würde doch gerade der Aufassung von der unabhängigen Haltung der Regierung widersprechen, die gerade von der rechten Seite des Hauses mit Recht von der Regierung gefordert wird. (Sehr richtig.) Aber ich schließe daraus noch ein weiteres. Der Weg, den die Kommissionsverhandlungen gegangen sind, ist so voll Dornen gewesen, wie es selten der Fall gewesen ist. (Sehr richtig!) Eine Ueberzeugung wird sich da bei Ihnen allen aufgedrängt haben:

Das, worum wir hier kämpfen, steht zu hoch, als daß Fraktionen- oder Parteierfolge dabei den Ausschlag geben könnte.

(Sehr richtig!) Wir alle haben ein gleichmäßiges Interesse daran, daß sich Elsass-Lothringen politisch und wirtschaftlich tüchtig entfaltet. (Sehr richtig!) Das ist das höchste Mittel für seine Verschmelzung mit dem Reich. Das Land ist uns vor 40 Jahren durch das Vertrauen unserer Väter geworden. Durch dieses Vertrauen werden wir auch jetzt vorwärtskommen. (Große Bewegung; der Kanzler verkraft den Saal.)

Herr Dr. Schäfer (Ztr.): Die Institution der Bundesratsvertreter durch den Statthalter beeinträchtigt zwar den Volkswillen, in wirtschaftlicher Hinsicht wird jedoch durch die drei Bundesratsstimmen das elsass-lothringische Land unterstützt und gefördert. Sie sind ein Fortschritt gegen die Regierungsvorlage. Artikel 2 über die Befugnisse des Statthalters mindert allerdings die Freude sehr herab; aber es gibt wirklich Leute, denen auch das noch zu weit geht. Ausgerechnet ein schäblicher Richter schiebt sich herein, die Interessen der preussischen Unter zu vertreten. Dieser Gesellschaft geht jedes Verständnis dafür ab, daß die elsass-lothringische Bevölkerung ein Recht darauf hat, ein gleichwertiger Bundesstaat zu sein, ein vollberechtigtes Glied des Ganzen. Wir bringen unsere Anträge aus der Kommission nicht wieder ein, weil sie ja doch ebenso wie dort von allen bürgerlichen Parteien abgelehnt werden würden. Wir sind überzeugt, daß unsere Anträge den Standpunkt der großen Mehrheit der elsass-lothringischen Bevölkerung darstellen. Wir betrachten die jetzige Vorlage als Abschlagszahlung, als den Anfang zum Wesseln. Auf die Dauer wird Elsass-Lothringen die Selbständigkeit nicht vorenthalten bleiben. Wir sehen getrost der Zukunft entgegen. (Beifall der Sozial.)

Herr Dr. Schäfer (Ztr.): Dr. Wagner hat mit einer gewissen Elegie darauf hingewiesen, daß man seitens der Reichsleitung und der verbündeten Regierungen so rasch auf den Antrag der Kommission eingegangen ist. Ich sehe darin, daß die verbündeten Regierungen für durchschlagende Gründe denn doch zugänglich

Was die Bundesratsstimmen anlangt, so hatten wir bis zur Einbringung der Vorlage eine Lösung nicht gefunden; nachdem aber die Kommission mit 23 gegen 4 Stimmen die Bundesratsstimmen gefordert hatte, mußten wir uns die Frage vorlegen, ob nicht jetzt unter Umständen seiner Tisch gemacht werden sollte. Der Fall, daß überhaupt keine Stimmen kommen können, ist nur der werden, wird überhaupt keine Stimmen kommen. Es ist nur der werden, wird überhaupt keine Stimmen kommen. Es ist nur der werden, wird überhaupt keine Stimmen kommen.

eine politische Notwendigkeit

ist, der unter allen Umständen zur Bewirklichung gehoben werden muß. Wenn das Wort Opfer in befränktem Sinne gebraucht werden soll, dann muß es gebraucht werden und dann wird es gebraucht, ohne daß der Deutsche Kaiser in seiner Macht und seiner Würde beeinträchtigt wird. Wenn von Opfern die Rede ist, so kann die Erfüllung nicht ausbleiben im Interesse der nationalen Größe und Wohlfahrt des Reiches.

Herr Dore (Rp.): Die Stunde drängt zur Entscheidung, aber nachdem Herr v. Oldenburg von einem Schläge gegen die Ehre Preußens gesprochen hat, halte ich es für notwendig, daß auch ein Preuze das Wort nimmt, der sich allerdings hier in erster Linie als ein Vertreter des deutschen Volkes fühlt (lebh. Beifall links). Aber dadurch nicht gläubt, mit keinem Preuzen in Widerspruch zu geraten. Denn darin liegt ja gerade das Schwergewicht, daß in den einigenden Faktoren Kaiser und Reich sich Deutschland und Preuzen genügt haben. Das Organ des Reiches, das den parlamentarischen Charakter bewahrt, ist der Bundesrat. Da ist die Stelle, das Verhältnis der Einzelstaaten zueinander zum Ausdruck zu bringen, und die Ausführungen des Staatssekretärs, die vollkommen korrekt die staatsrechtlichen Verhältnisse darlegen, haben bewiesen, daß die Darstellung unrichtig ist, als sei der Bundesrat ein Organ, wo Preuzen sich eigentlich in permanentem Kriegszustand mit den übrigen Einzelstaaten befindet. Wann kommt überhaupt eine Majorität im Bundesrat in Frage? Erst in letzter Zeit haben wir ein Beispiel erlebt bei den Schiffsabgaben. (Sehr gut! links). Da ist es Preuzen gelungen, gegen die erklärten Interessen vieler Staaten die verfassungsmäßige Zustimmung zu erhalten. Darum brauchen wir nicht lange zu sein.

Herr v. Oldenburg hat auf Dmüh verwiesen. Ich frage: wer hat Preuzen in diese Situation gebracht? Waren wir es, oder waren es nicht vielmehr Sie?

(Lebh. Bravorufe links.) Wie oft haben nicht in Preuzen gerade die Konserwativen den konserwativen Staatsmännern entgegengetreten! Wenn Sie sich auf Bismarck berufen, so sage ich: Sie geben nicht die Wege Bismarcks, sondern die Gerüche! (Sehr gut! links.) Wir sind fest überzeugt, daß wir als deutsche Volksvertreter handeln und daß wir die Interessen Deutschlands ebenso wie Preuzens wahrnehmen, weil sie identisch sind. (Lebh. Beifall links.)

Herr Dr. Franz (Soz.): Herr v. Oldenburg möchte die Stimmen der konserwativen Fraktion genau so behandeln wie die Sozialistengesinnung im Bundesrat; sie sollen nur dann zählen, wenn sie gegen die Regierung abgegeben werden. (Große Heiterkeit.) Ich bin nicht Preuze, aber ich halte mich bereit, und verpflichtet, das preuzische Volk dagegen in Schutz zu nehmen, daß es von Herrn v. Oldenburg vertreten werde. Was Herr v. Oldenburg betrifft, sind nicht preuzische, sondern österreichische Interessen. (Zuruf: Auch nicht einmal!) Und es ist bemerkenswert, daß Herr v. Oldenburg Arm in Arm mit den preuzischen und schlesischen Nationalitäten geht. (Hört, hört! links.) Herr v. Oldenburg warnt bei dem preuzischen Volkswort, der sich gegen den sogenannten Nationalitätenbündel gewandt hat, nämlich gegen die Bestrebungen, Deutschland politisch und wirtschaftlich zu einigen. Das laubische Volk wurde aufgeführt nach einem unglücklichen Kriege; man darf nicht das Ergebnis eines Kampfes von Volksgenossen im Parlament mit einem Kriege gegen einen Feind vergleichen. Ich traue meinen Ohren nicht. Herr v. Oldenburg, gegen den Wahrspruch des Volks zu reden zu hören. Er hat in der Kommission ja dafür gestimmt. Wenn er es mit ironisch klingender Miene mit beifügt, so darf ich vielleicht darauf schließen, daß er einmal einen solchen Weg machen wollte; gute ihm ihn nicht zuzutragen. Dem Ernst eines Volksvertreters entspricht das nicht. (Beifall links.)

Die Aussprache schließt. Es wird abgestimmt. In namentlicher Abstimmung wird mit 200 gegen 12 Stimmen bei zwei Enthaltungen der konserwativen Antrag abgelehnt, der den Absatz des Artikels 1 betreffend die Nichtzählung der schlesisch-löbtingischen Stimmen zugunsten Preuzens im Bundesrat streichen will. Für die Streichung stimmen mit den Konserwativen die wirtschaftliche Vereinigung, ein Teil der Reichspartei, die Katholiken und Polen und einige Nationalliberale. Unverändert wird nach dem Art. 1 nach dem Kommissionsantrag hinsichtlich der Bundesratsstimmen angenommen, bezgl. der § 1 des Artikels 2, der die Kaiserliche Gewalt festsetzt. Bei § 2 der Bestimmungen über den Reichsrat enthält, wird gegen die Zentralkammer und Polen ein Antrag § 2 (Ztr.-K.) abgelehnt, monach der Statthalter die Bevollmächtigten zum Bundesrat ernennen und instruieren und ebenso die Beamten ernennen und entlassen soll. Zum § 5 über den schlesisch-löbtingischen Landtag wird nach kurzen Ausführungen der Abgeord. (Ztr.-K.), Holtzke (konf.) und Ledebour (Soz.) ein Antrag § 5 über das Budgetrecht abgelehnt.

§ 5 wird darauf in namentlicher Abstimmung mit 232 gegen 80 Stimmen bei fünf Enthaltungen angenommen. § 6 enthält die Bestimmungen über die Zusammenfassung der ersten Kammer. § 6 bleibt unverändert, ebenso die weiteren Paragraphen bis zum § 24. Die §§ 24a und 24b, der von den reichsparteilichen Abgeordneten in der Kommission beantragte Religions- und Sprachendeparagraph, werden verbunden. Die Konserwativen beantragen, dem § 24a folgenden Absatz hinzuzufügen: Bei der Einrichtung der öffentlichen Volksschulen sind die konfessionellen Bedürfnisse zu berücksichtigen.

Nach § 24b ist die amtliche Geschäftssprache und die Unterrichtssprache die deutsche. Nach dem zweiten Absatz des § 24 können in Landesteilen mit überwiegend französisch sprechender Bevölkerung Annahmen zugelassen werden. Die Konserwativen wollen diesen Absatz folgendermaßen lassen: In Bezirken, für die festgelegt wird, daß die deutsche Sprache von einer größeren Anzahl der Schulkinder nicht genügend verstanden wird, kann der Statthalter für die nächsten fünfzehn Jahre die französische Sprache als Unterrichtssprache zulassen. Die Zentrumskammer verlangt Streichung des Sprachendeparagraphen und fordert streng getrennte konfessionelle Volksschulen. Es wird abgestimmt.

Der Antrag der Konserwativen über die konfessionelle Schule wird mit 200 gegen 106 Stimmen bei 10 Enthaltungen abgelehnt. Dafür stimmen mit den Konserwativen und den Unkämmlern die Katholiken, Polen und einige Zentrumsglieder. Der Antrag

der Konserwativen zu § 24b wird abgelehnt. Der § 24b (Sprachendeparagraph) wird in namentlicher Abstimmung mit 220 gegen 100 Stimmen bei fünf Enthaltungen angenommen. Der Rest des Verfassungsgesetzes wird angenommen. Darauf vertagt sich das Haus auf Mittwoch 12 Uhr. Schließendes Wahlschick, keine Vorlagen. Schluß nach 7 1/2 Uhr.

Deutsches Reich.

Die Rückkehr des Kaiserpaars.

Telegramm unseres Mitarbeiters.

Berlin, 23. Mai. Der Kaiser und die Kaiserin sind mit der Prinzessin Viktoria Louise heute vormittag 10 Uhr 15 Min. in Wildpark eingetroffen und haben nach einer Abwesenheit von zwei Monaten im Neuen Palais wieder Wohnung genommen.

Da die Ankunft bekannt war, versammelte sich auf der Wildparkstation in Potsdam ein zahlreiches Publikum. Die Prinzen Eitel Friedrich und August Wilhelm kamen mit ihren Gemahlinnen zum Empfang an der Bahnhofs-, ebenso Prinz Joachim. Um 10 Uhr 16 Min. ließ der Hofponerzug ein. Die Begrüßung war äußerst herzlich. Prinzessin Eitel Friedrich überreichte der Kaiserin einen Blumenstrauß aus Orchideen, Tulpen und dunklen Lilien. Der Kaiser begrüßte dann die zu seinem Empfang erschienenen Herren, darunter den russischen General Katkoff, ferner die sich zum Dienst meldenden Adjutanten, darunter Generalmajor von Kleist, den früheren Kommandeur des 1. Garderegiments, der heute zum ersten Male den Adjutantenien beim Kaiser antritt, ferner den Oberhofmarschall Grafen Eulenburg. Im Automobil fuhr das Kaiserpaar nach dem Neuen Palais. Der Kaiser trug Generalsuniform, sich gebräunt und frisch aus und dankte für die Grüße des Publikums. Die Kaiserin hatte ein blaues Kostüm mit einem dunkelblauen Hut mit weißen Straußenschern. Die Prinzessin sah ihren Eltern gegenüber und trug ein graues Kostüm und einen mit Blumen und Federn garnierten Hut. Nach der Ankunft im Neuen Palais empfing die Kaiserin den Besuch ihres Leibarztes Prof. Zentler. Der Kaiser bleibt bis zum 7. Juni in Potsdam. Es finden dann die Besichtigungen der Kanalerregiment und Brigadefeststellungen statt.

Nachklänge zum Essener Meineschloßprozess.

Dem Bergarbeiterführer Ludwig Schröder ist für die ungeschuldig verurteilte Unterjuchungschaft und die vom 3. Okt. 1895 bis 3. April 1898 ungeschuldig erlittene Zuchthausstrafe vom Justizministerium eine Entschädigung in Höhe von 5250 Mark zugesprochen worden. Bergmann Friedrich Thiele, der 6 Monate Gefängnis ungeschuldig verurteilt, erhielt 1000 Mark zugesprochen. Er hatte 2000 Mark beansprucht. Die Entschädigungen der übrigen Verurteilten sind noch nicht geregelt worden. Die Ansprüche des bauernheim Siechtum verfallenen Bureauarbeiters Johann Meyer stellen sich auf 50 000 Mark.

Allgemeiner deutsch-österreichischer Protestantentag.

Am 6. bis 7. Juni laufenden Jahres wird aus Anlaß des 50jährigen Bestehens des Protestantentages in Wien ein allgemeiner deutsch-österreichischer Protestantentag abgehalten, der als erster in seiner Art der Öffentlichkeit gegenüber zeigen soll, welche Stellung der Protestantismus zu den großen Kulturfragen der Gegenwart einnimmt und wie ihn evangelische Lebensauffassung in reicher Arbeit für Kirche, Schule und Gemeinde äußert.

Ausland.

Das Befinden des Kaisers von Oesterreich.

Auf Grund der Mitteilungen eines hohen Beamten, der Gelegenheit hatte, vor dem Kaiser zu erscheinen, kann entgegen den heutzutage Gerüchten, welche in bezug auf die Gesundheit des Kaisers im Umlauf waren, mit Freude festgestellt werden, daß zu Beforgnissen auch nicht die geringste Veranlassung vorhanden ist. Der Katarrh ist bedeutend besser geworden, wenn er auch noch nicht gänzlich behoben ist. Nach Beendigung des Aufenthaltes in Gödöllö, der nicht mehr von langer Dauer sein wird, wird sich der Kaiser zunächst nach Schönbrunn begeben und nach kurzem Aufenthalt darauf für längere Zeit die Hermesvilla im Lainzer Tiergarten beziehen, damit durch den Aufenthalt in staubfreier Luft die letzten Reste des Katarrhs vor der Ueberfiedelung nach Isch befeitigt werden.

Der Friedensschluß in den Armenfragen.

Budapest, 23. Mai. Die ungarische Regierung hat dem Abgeordnetenhaus vier Gesetzentwürfe über die gemeinsame Armee und die ungarische Landwehr (Honved) vorgelegt. Das Rekrutenkontingent der gemeinsamen Armee wird durch die Geleihenwürde von 100 000 auf 150 000 Mann und das Rekrutenkontingent der Honvedtruppe von 12 500 auf 25 000 erhöht. Die Dienstzeit wird von drei auf zwei Jahre herabgesetzt. Die Kavallerie und die reisende Artillerie behaltet die dreijährige Dienstzeit bei. Gleichzeitig wird ein neues Militärstrafverfahren eingeführt, das öffentlich und mündlich ist. Ziviladvokaten können als Verteidiger tätig sein. Die Verhandlungssprache der in Ungarn bestehenden Militärgerichte ist ungarisch, ausgenommen, wenn der Angeklagte nicht ungarisch versteht, aber der deutschen Anzeugsprache mächtig ist.

Präsident Diaz' Erkrankung.

London, 23. Mai.

Nachdem vorgestern der Frede zwischen Regierung und Rebellen in Querz geschlossen worden ist, meldet heute eine Depesche aus der Hauptstadt Mexiko, Präsident Diaz werde morgen (Mittwoch) formell abdanken und sich dann sofort nach Veracruz begeben, von wo er Donnerstag mit einem Dampfer nach St. Nazaire in Frankreich abfahren will. Nach einer nach London übermittelten De-

pefche des „Newport Herald“ dürfte dieser Plan jedoch inwieweit zur Ausführung gelangen; denn der scheidende Präsident ist ernstlich erkrankt, und die Mexer beabsichtigen eine Unterwerfung.

Die Friedenshoffnung im Lande.

Alle Rebellenführer sind benachrichtigt, daß der Friedensschluß als erste Bedingung Diaz' Rücktritt vor dem 1. Juli enthält, in der Hoffnung, daß sich die Rebellen auflösen werden. Viele fürchten, daß die Herstellung der Ordnung lange dauern werde. Die Regierungstruppen räumten Huernacama ab und zogen sich nach Mexiko zurück. Die Schlacht bei Torreón forderte tausend Tote. Die Stadt wurde nach der Einnahme von den Rebellen geplündert.

Ralle und Umgebung.

Salle a. S., 24. Mai.

Der Roggen blüht.

Der Roggen hat auf ihm fernem jandigen Boden jetzt geteilt zu blühen begonnen. Durch die vorausgegangene Trockenheit war der Roggen im Wachstum zurückgeblieben; trotzdem, daß er während der Blütezeit noch fortwährt, wird er heuer verhältnismäßig kurz bleiben. Rechnet man nun 14 Tage zur Blütezeit, 14 Tage zur Körnerbildung und 14 Tage zur Reife, dann wäre bereits in der ersten Hälfte des Monats Juni der Erntebeginn zu erwarten; inbessenen sind die Witterungsverhältnisse hierfür anschlagegebend.

Schonendere Behandlung von Patenten empfindet eine Verletzung des Reichspatents. Es macht darauf aufmerksam, daß wiederholt Patente, selbst wenn ihr Inhalt (Glas, Eier usw.) in der Aufschrift als leicht verständlich deutlich angegeben ist, während der Patentförderung sorglos behandelt, geworfen oder fallen gelassen und auf diese Weise beschädigt wurden. Den Patentinhabern wird daher die schonende Behandlung der Patente, besonders solcher, deren Inhalt als zerbrechlich bezeichnet ist, erneut zur Pflicht gemacht.

Der Soziale Ansehens hat Dienstag, 20. Mai, abends 8 1/2 Uhr in der Theatralischen eine öffentliche Versammlung ab, in der Herr Adolf Schwarz-Hammer über „Gewerkschaftliche Stellensmittlung und partiißliche Arbeitsnachweise“ sprechen wird.

Der Hauptgewinn von 100 000 Mark der Aachener Münsloterie fiel auf das Los Nr. 95 767.

Christlicher Verein Junger Männer. Am Simmetochstage, abends 8 Uhr, findet ein öffentlicher Teedeeh für Damen und Herren statt. Herr Sekretär Heilmann wird einen Vortrag halten über das Thema: „Der Kampf um die Jugend“. — Der Zutritt ist frei für jedermann.

Reitanneie-Berlin — Hosenjollern. Dieses Spiel, welches mit dem Reulute von 5:5 endet, nahm einen überaus spannenden Verlauf. Die Mannschaften befeichtigten sich einer fairen Spielweise, so daß dem Publikum ein interessanter Sport geboten werden konnte. Vorzügliches leisteten die Stürmer und Halbs auf beiden Seiten, aber auch die übrigen Spieler trugen, abgesehen von einigen Fehlern, zum guten Gelingen des Ganzen bei. Von den Gästen bot vor allen Dingen der Internationale Schmidt (Mittel-Läufer) ein gutes Spiel.

Provinzial-Nachrichten.

Drei Kinder von ihrer Mutter geüet.

Zu dem furchtbaren Familienunglück, daß sich Dienstag in dem schlesischen Dorfchen Rambach abspielte, erfahren wir noch: Die 33jährige Frau des Schiffsweihenstellers Vierd durchschneit ihren drei ältesten Kindern im Alter von vier, sieben und acht Jahren mit einem Rasiermesser die Kehle und ertränkte sich dann mit ihren beiden jüngsten Kindern, von denen das eine 1 1/2 Jahre und das jüngste erst einige Tage alt war. Die siebenjährige Tochter ist tot, der älteste Sohn liegt ungeschadlos daneben, während das drittlälteste Kind vielleicht am Leben erhalten werden kann, trotzdem die Wunden, die ihm die Mutter mit dem Rasiermesser am Hals beibrachte, sehr tief sind. Die Leichen der Frau und der beiden jüngsten Kinder sind geborgen worden. Der Schiffsweihenstellers Vater, der auf der Station Weihen befestigt ist, lebte mit neun Jahren mit seiner Frau in glücklicher Ehe. Beide Eheleute standen in gutem Ruf und galten als außerordentlich fromme und fromme Leute. Die Frau hatte erst am 15. Mai ihr jüngstes Kind, einen Knaben geboren. Vor einigen Tagen wurde sie beschuldigt, von der Weiche Weiche gestohlen zu haben. Es wurde bei ihr eine Sausung vorgenommen, bei der allerdings einige fremde Weichestücke vorgefunden wurden, jedoch daß die Frau an, daß diese ihr gestohlen worden seien. Der Verdacht, der auf ihr ruhte, scheint die Frau zu niedergedrückt zu haben, daß sie beschloß, mit ihren Kindern aus dem Leben zu scheiden. Während ihrer Mann sich im Dienst im Weihen befand, sollführte sie etwa um 1/2 Uhr nachts die schreckliche Tat in ihrer Wohnung. Um 1/3 Uhr morgens hörten Hausbewohner aus der Adlerschen Wohnung ein klägliches Weinen und Röcheln. Sie verließen, in die Wohnung einzudringen, was ihnen aber nicht gelang, da sie verriegelt war und auch auf Rufen niemand öffnete. Gleich darauf kam der Weihenstellers nach Hause. Er fand seine drei ältesten Kinder in großen Blutlachen. Die siebenjährige Tochter war bereits tot. Frau Vierd selbst war mit den beiden jüngsten Kindern ertränkt. Auf dem Tisch lag ein Abschiedsbrief, in dem die bewaunerte Frau sagt, daß sie die Opfer bösser miltiger Verleumdung geworden sei. Der Brief schloß mit den Worten: „Dies alles ist schuld an allem. Man hat mich in den Tod getrieben. Ich nehme auch gleich meine Kinder mit. Ich habe so wie so nichts gehabt auf dieser Welt.“ Nach stundenlangem Suchen, an dem sich die Bevölkerung des Dorfes unter Führung des Drissorthebers Strauß beteiligte, wurde Dienstag früh um 1/4 Uhr die Leichen der Frau und ihrer zwei jüngsten Kinder in einem etwa 200 Meter von der Adlerschen Wohnung entfernten Mühlgraben aufgefunden.

Der Mörder seiner Braut.

Hettfeld, 23. Mai. Der 23 Jahre alte Arbeiter Paul Böttner aus Frankfurt a. M. der seit einiger Zeit hier in Arbeit war, hat gestern abend 6 Uhr im Oberwiederstedter Holz seine Braut, die 22 Jahre alte Ella Krage aus Waldbach mit einem Revolver erschossen. Er stellte sich dann selbst der Polizei mit der Angabe, seine Braut habe erschossen im Walde. An die Leiche geführt, leugnete er heilig, der Täter gewesen zu sein. Ein mitgenommenen Revolver nahm an dem Revolver Mitterung. Hingegen schickte er sofort auf Böttner und warf ihn zu Boden. Vom Schred über-

